

VON MARINA DELCHEVA

Als sich am 4. Dezember 2017 über 100 österreichische und chinesische Wirtschaftsvertreter und Unternehmer im Wiener Nobelhotel Hilton einfinden, wechseln an nur einem Nachmittag mehrere Millionen Euro den Besitzer. Die Austrian-Chinese Business Association (ACBA) organisierte damals das „Sino-Österreichische Wirtschafts- und Investitionsforum mit der Provinz Zhejiang“. Heimische Betriebe sollten mit potenziellen chinesischen Partnern, Investoren und Käufern aus der über 57 Millionen Einwohner zählenden Provinz an der Ostküste Chinas zusammengebracht werden. Gekommen sind auch Vertreter von Politik und Wirtschaftskammer. Den Organisatoren zufolge soll es ein überaus lukratives Zusammentreffen gewesen sein: An diesem Nachmittag sollen Verträge im Wert von über 22,2 Millionen Euro unterfertigt worden sein.

Das chinesische Wort für Freundschaft ist „Youyi“. In Österreich versteht man einiges von Freundschaft. Seit dem Kalten Krieg schlägt das Land Kapital aus seiner immerwährenden Neutralität. Das war bei Russland so, und es ist bei China nicht anders. Das für Investoren denkwürdige Treffen im Hilton ist nur eines von zahlreichen Beispielen für die wirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs mit China. Das Land ist – was den Import anbelangt – Österreichs zweitwichtigster Handelspartner nach Deutschland. Beim Export rangiert es auf dem neunten Platz. Bei der grünen Transformation des Energiesektors, bei der Medikamente- und Technologiebeschaffung führt kein Weg an China vorbei. Gleichzeitig eskaliert der Konflikt zwischen den USA und China gerade zu einem bein-

harten Handelskrieg, mit Folgen für die gesamte Weltwirtschaft. Russland und die EU-Staaten spielen dabei nur eine Nebenrolle. Während sich Russland spätestens mit dem Einmarsch in die Ukraine ganz klar auf Chinas Seite geschlagen hat, sind die EU und Österreich im Speziellen inmitten der beiden mächtigen Wirtschaftsblöcke, mit wirtschaftlichen Abhängigkeiten in beide Richtungen, um Schadensbegrenzung und Neutralität bemüht. Kann sich das ausgehen? Kann sich das kleine Österreich im Herzen Europas zu einem neutralen Vermittler und wirtschaftlichen Nutznießer in einem möglichen neuen Kalten Krieg positionieren? Oder tappen wir mit China in die gleiche Freundschaftsfalle wie mit Russland?

Nein, meint der Wiener Rechtsanwalt Georg Zanger. Er ist Präsident der ACBA in Wien. „In meiner Funktion als Präsident der ACBA halte ich Europa tatsächlich für sehr gut beraten, sowohl von den USA als auch von China eigenständig zu werden. Wir sollten von beiden Seiten profitieren. Vor allem muss Europa technologisch nachrüsten, und dazu benötigt es auch die Hilfe Chinas“, sagt er. Die Mitgliederliste des 2010 gegründeten Vereins liest sich wie das Who's Who der heimischen Polit- und Wirtschaftsprominenz: Ex-Kanzler Christian Kern, Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, Flughafenvorstand Julian Jäger, Ex-Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich, Ex-Kanzlerin Brigitte Bierlein, WKO-Vizepräsident Christoph Matznetter, ÖBB-Chef Andreas Matthä. 65 Mitglieder zählt die ACBA heute, vor der Pandemie waren es 100 bestens vernetzte Politiker und Wirtschaftstreibende aus allen politischen Lagern. Der Verein finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und

WIENER OST-CONNECTION

China ist Österreichs zweitwichtigster Handelspartner und hat mächtige Fürsprecher in Politik und Wirtschaft. Tappen wir vielleicht in die gleiche Freundschaftsfalle wie mit Russland?



erhalte keine finanziellen Mittel aus China oder aus der chinesischen Botschaft, sagt Zanger. Organisiert werden China-Reisen mit österreichischen Wirtschaftstreibern, Webinare, Delegationsreisen nach Österreich und eben auch Events wie jenes im Hilton.

Österreich hat im Jahr 1971 diplomatische Beziehungen mit China aufgenommen. Damals wurde auch die „Österreichische Gesellschaft für Chinaforschung“ zur Förderung der freundschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der Volksrepublik China gegründet. Seitdem sind weitere österreichisch-chinesische Freundschaftsvereine und wirtschaftliche Interessensgruppen, Kulturvereine, Städte- und Provinz-Partnerschaften sowie eine parlamentarische Austauschgruppe mit Parlamentsabgeordneten aller Fraktionen dazugekommen. Besonders prominent besetzt ist, neben der ACBA, die 2018 gegründete Austria-China Economy Trade Association (ACETA). In deren Geschäftsleitung sitzen etwa Ex-Vizekanzler Michael Spindelegger und Wiens Finanzstadtrat Peter Hanke. All das dient dem Austausch und der wirtschaftlichen und politischen Beziehungspflege.

Von der Werkbank zur Weltmacht

China avancierte innerhalb weniger Jahrzehnte von der billigen Werkbank zur zweitgrößten, hoch technologisierten Volkswirtschaft der Welt. Das Center for Economic and Business Research sagt in einer jüngst veröffentlichten Studie voraus, dass China schon 2028 die USA als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen soll. Während die USA Europas wichtigster militärischer und politischer Verbündeter sind, hat China mit seinem staatlich subventionierten Plankapitalismus seinen wirtschaftlichen Einfluss in Europa ausgebaut. Das neutrale Wien spielt dabei eine nicht unbedeutende Rolle. Doch dazu später.

2021 wurden zwischen China und allen EU-Staaten Waren im Wert von 696 Milliarden Euro gehandelt. Damit ist China noch vor den USA Europas wichtigster Handelspartner. Allein in Österreich betragen die Direktinvestitionen aus China mit Stand 2022 laut Nationalbank drei Milliarden Euro. Die Importe haben sich binnen fünf Jahren verdoppelt. Die Handelsbilanz zwischen Österreich und China ist damit tiefrot. Heuer werden um geschätzte zwölf Milliarden Euro mehr Güter aus China importiert, als Österreich dorthin Waren und Dienstleistungen verkauft (siehe Grafik).

Hinter diesen Zahlen steckt eine massive wirtschaftliche Abhängigkeit. Im Winter klapperten Eltern in Österreich Apotheke um Apotheke ab, um Nureflex-Saft für ihre kranken Kinder zu kaufen. Der war häufig vergriffen. Die Lager waren fast leer. Das lag neben einer besonders hartnäckigen Infektionswelle auch daran, dass Nureflex wie viele andere Medikamente zu großen Teilen „made in China“ ist. Wegen der anhaltenden Lockdowns und der Schließung des Hafens in Shanghai, dem größten Containerhafen der Welt, kam es zu Lieferunterbrechungen – und heimische Apotheken bekamen die bestellten Medikamente nicht. 96 Prozent der Vorerzeugnisse für die chemische Industrie in Europa kommen aus China.

Auch bei der Umsetzung der Klimaziele und der Energiewende ist Europa auf China angewiesen. Zu sehr, meinen Ökonomen und Experten. Die EU-Kommission bezifferte die Abhängigkeit von chinesischen Importen bei den für die Energiewende benötigten Technologien, Rohstoffen und Vorerzeugnissen mit mehr als zwei Drittel. Ein Beispiel: China ist mit einem Weltmarktanteil von 97 Prozent bei Wafern – das sind jene dünnen Siliziumscheiben, die Sonnenlicht in Strom umwandeln – De-facto-Monopolist. „Was für die EU gilt, gilt auch für Österreich“, sagt Klaus Friesenbichler. Er ist Ökonom am Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und stellvertretender Direktor des „Supply Chain Intelligence Institute Austria“ (ASCI), das sich mit der Beschaffenheit, Resilienz und Diversifikation von Lieferketten beschäftigt.

„Die hohe Abhängigkeit wird dann zum Problem, wenn es keine alternativen Lieferpartner gibt“, sagt der Ökonom und Forscher. China habe in den letzten Jahren seine Monopolisierung in den Lieferketten festgeschrieben. Gleichzeitig verfolge die Kommunistische Partei Chinas mit ihrem Fünf-Jahres-Plan eindeutig eine „China-First-Politik“, so Friesenbichler. Mit dem Ziel, sich selbst möglichst unabhängig vom Rest der Welt zu machen. Also Stärkung der eigenen Produktion und der eigenen Nachfrage. „In Österreich ist es unklar, wie der wirtschaftspolitische Umgang mit China aussieht. Man möchte das Beste aus beiden Welten, aber das wird zunehmend schwieriger“, meint Friesenbichler.

Drehscheibe für Osteuropa

Wien war bisher ob seiner geografischen Lage und seines politischen Raushaltens ein beliebter Umschlagplatz für das Beste aus beiden Welten. Österreich war das allererste Land, das in Form eines Gaslieferungsvertrags 1968 Geschäftsbeziehungen mit der damaligen UdSSR aufnahm. Kaum ein anderes westeuropäisches EU-Land hat wirtschaftlich mehr von der EU-Osterweiterung profitiert. Und auch in puncto China hat man, zumindest bis zur Corona-Pandemie, auf die Drehscheiben- und Tor-in-den-Osten-Rolle gesetzt.

Nicht zufällig eröffnete die staatliche Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) 2019 ihre Zentral- und Osteuropa-Zentrale in Wien. Die Bank sollte Projekte und Investitionen der neuen Seidenstraße – der „Belt and Road Initiative“ – fördern und finanzieren. Die ICBC ist die größte Bank der Welt. Die Bilanzsumme der ICBC Austria betrug zuletzt 862 Millionen Euro (Stand 2021).

Der größte chinesische Schienenhersteller CRRC Zhuzhou Electric Locomotive hat seine Europa-Zentrale schon 2016 in Wien eröffnet. Mit dem Ausbau der Breitbahnspur von Moskau über Kiew und Bratislava sollte Wien per Bahn an die neue Seidenstraße angeschlossen werden. Parndorf im Burgenland war auch kurze Zeit als Umschlagbahnhof für Waren aus China nach Europa im Gespräch. Mit dem Einfall Moskaus in die Ukraine wurde das Projekt allerdings auf Eis gelegt. Rund 40 chinesische Firmen haben eine Niederlassung in Wien. Insgesamt sollen einer Schätzung der Wirtschaftskammer von 2021 zufolge 230 chinesische Unternehmen mittels Beteiligungen in Öster-

„Europa muss technologisch nachrüsten und benötigt dazu auch China.“

**Georg Zanger,
Präsident der
Austrian-Chinese
Business
Association**

